

Sicherheitsvereinbarung

abgeschlossen zwischen

Bundesministerium für Inneres

und

Land Vorarlberg

Präambel

Das Bundesministerium für Inneres (BMI) und das Land Vorarlberg unterstreichen durch die gemeinsame Weiterentwicklung bisheriger Kooperationsvereinbarungen ihren Willen zur Festigung der bewährten Zusammenarbeit und vereinbaren gemeinsame Anstrengungen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu folgenden Schwerpunktsetzungen:

1. Kompetent und vernetzt Kriminalität vorbeugen und bekämpfen
2. Einsatz und Verkehr: Sicher im ganzen Land
3. Schlepperkriminalität bekämpfen, illegale Migration verhindern
4. Extremismus und Terrorismus vorbeugen und bekämpfen
5. Krisen und Katastrophen: Vorarlbergs Resilienz weiter stärken
6. Personal- und Organisationsentwicklung
7. Sicherheitsinfrastruktur und Digitalisierung

Im Sinne einer engen Kooperation und unter Beachtung seiner finanziellen Möglichkeiten unterstützt das Land Vorarlberg die aufgezählten Maßnahmen, die gemeinsam mit dem BMI vereinbart wurden.

1

Kompetent
und vernetzt
Kriminalität
vorbeugen und
bekämpfen

1.1 Weiterentwicklung Kriminaldienst

Die gesellschaftliche Erwartung an die Polizei liegt unter anderem im Schutz der Menschen vor Straftaten und in der Ausforschung der Tatverdächtigen. Gesellschaftliche Veränderungen sowie die zunehmende Komplexität im kriminalpolizeilichen Aufgabenspektrum erfordern in der polizeilichen Aufgabenerfüllung ein fundiertes Fachwissen und eine Spezialisierung. Zur Bekämpfung neuartiger bzw. aufwachsender Kriminalitätsphänomene wird aus diesem Grund in Vorarlberg der Fokus auf eine bedarfsadäquate Weiterentwicklung des Kriminaldienstes mit Blick auf regionale bzw. lokale Spezifika gelegt.

Zunehmende rechtliche sowie technische Herausforderungen machen Maßnahmen zur Stärkung der Handlungssicherheit von Exekutivbediensteten als Generalistinnen und Generalisten erforderlich. Eine moderne Polizei muss zur Gewährleistung der umfassenden inneren Sicherheit den Weg der digitalen Transformation einschlagen und die Bekämpfung von Cyber-Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen, den Umgang mit großen Datenmengen in der Sicherung und der Analyse sowie die Automatisierung von Prozessen, sowohl innerhalb der Organisation als auch in der Vernetzung mit externen Partnern, forcieren.

1.2 Prävention und Gewaltschutz

Sicherheit ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse der Menschen. In einer sich ständig verändernden Umwelt, mit all ihren Herausforderungen im privaten und öffentlichen Bereich, ist es für die Bevölkerung wichtig, zuverlässige und kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner zur Verfügung zu haben. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist es Hauptziel der Kriminalprävention, die Bevölkerung über die aktuellen Vorgehensweisen der Täterinnen und Täter zu informieren und durch professionelle Ratschläge die Fähigkeit zum Selbstschutz zu verbessern. Dadurch sollen Tatgelegenheiten minimiert und Tatvollendungen verhindert werden. Dabei gilt es, alle verfügbaren Angebote der digitalen aber auch der analogen Informationsweitergabe im Sinne entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Jede strafbare Handlung, die in Vorarlberg gesetzt wird, ist eine zu viel.

Neben den rechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Gewaltschutz, ist die umfassende Information über Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt sowie zur optimalen Herangehensweise nach einem gewalttätigen Vorfall entscheidend. Viele Organisationen und Personen haben Einblick in Prozesse und Tendenzen der Gewaltentstehung – oftmals in Positionen und in Stadien, in denen der Polizei noch keine Informationen vorliegen. Hier gilt es, Werkzeuge, Maßnahmen, Initiativen und Vorhaben zu fördern und zu unterstützen, um Gewalt im besten Falle gar nicht entstehen zu lassen. Daher ist es wichtig, gemeinsam – unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinden und des Landes – an einem sicheren Vorarlberg zu arbeiten. Mit aktiver Beteiligung des Landes Vorarlberg und der Gemeinden in Vorarlberg in den jeweiligen Präventionsprojekten und -vorhaben werden Schritte gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Die bereits erfolgreiche Zusammenarbeit wird weitergeführt.

1.3 Kriminalassistentendienst

Im Zuge der Kriminaldienstreform wird der Kriminaldienst modernisiert, einheitlich organisiert und es werden verbindliche Handlungsanweisungen geschaffen. Für die Bevölkerung des Landes Vorarlberg ist ein enormer Mehrwert zu erwarten, der zu einer Qualitätssteigerung und Verfestigung des Vertrauens in die Polizei führen wird.

In einem ersten Umsetzungsschritt wurden in Vorarlberg zwei regionale Kriminalassistentendienststellen als Unterstützung für die Polizeiinspektionen eingerichtet.

Hierbei sind

- die für die Bezirke Bregenz und Dornbirn zuständige Kriminalassistentendienststelle am Standort Bregenz,
- und die für die Bezirke Feldkirch und Bludenz zuständige Kriminalassistentendienststelle am Standort Feldkirch

angesiedelt.

Geplant ist außerdem die Weiterentwicklung der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes sowie die Errichtung von Kriminaldienstgruppen. Der Fokus wird auf die Bekämpfung von Cybercrime und organisierter Kriminalität gelegt, begleitet von Konzepten welche die Aus- und Fortbildungen, rechtliche Maßnahmen sowie deren technische Unterstützung betreffen.

Um mit den ständigen technischen Veränderungen Schritt zu halten, wird ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung von Cybercrimespezialistinnen und -spezialisten gelegt.

In diesem Zusammenhang ergeben sich für die Polizei in Vorarlberg Herausforderungen für ein verantwortungsvolles Miteinander und ein gemeinsames Handeln, um die Kriminalpolizei in den Regionen bestmöglich zu stärken. Das Land Vorarlberg begrüßt hierbei den Aufbau und die Weiterentwicklung der Strukturen im Bundesland.

1.4 Jugendkriminalität

Integrationsprobleme in der heimischen Gesellschaftsstruktur führen insbesondere in Ballungsräumen zu speziellen Herausforderungen bei der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die jugendlichen Gruppierungen unterliegen ständigen Veränderungen und bestehen oft nur aus fluiden Bewegungen, die schwer fest zu machen sind. Nur eine intensive Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen und eine intensive Vernetzung mit allen einschlägigen Institutionen wird diesen Entwicklungen gerecht werden können. Durch die Einrichtung der „Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Jugendkriminalität (EJK)“ im Landeskriminalamt Vorarlberg soll durch entsprechende Analysen und Identifizierung von Hot-Spots bzw. regelmäßiger Aufenthaltsorte von Jugendbanden ein zielgerichteter Einsatz gewährleistet sein.

Der auf Ballungsräume gesetzte Schwerpunkt soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Land Vorarlberg und der Kriminalpolizei auf regionaler Ebene, in Zusammenhang mit der Entwicklung von Strategien und konkreten Maßnahmen bei beobachteten Integrationsproblemen und Radikalisierungstendenzen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ergänzt werden. Dabei sollen die im Bereich der Kriminalassistentendienststellen tätigen Präventionsspezialistinnen und -spezialisten als regionale Sensoren, Koordinatoren und zentrale Ansprechstellen genutzt bzw. weiter forciert werden, um in Abstimmung mit allen in Frage kommenden Einrichtungen auf öffentlicher oder privater Ebene maßgeschneiderte präventive oder auch repressive Maßnahmen entwickeln und umsetzen zu können. Das Land Vorarlberg und die LPD führen die bereits bestehenden Arbeitsgruppen in Bezug auf Jugendkriminalität und Extremismusprävention sowie Demokratiekultur weiter.

1.5 Cyberprävention

Die globale Vernetzung sowie die zunehmende Digitalisierung in unserer Gesellschaft haben auch ihre Schattenseiten, etwa der exponentielle Anstieg der Cyberkriminalität und die zunehmende Anforderung an die Benutzerinnen und Benutzer von Informationstechnologie, sich mit der verwendeten Technik aktiv auseinanderzusetzen. Mit der technischen Entwicklung, unter anderem in Bezug auf hohe Internet-Bandbreiten, werden die Angriffe immer komplexer und die Anzahl an Opfern von Cyberkriminalität immer höher. Daher ist es notwendig, in diesem Bereich Bewusstseinsbildung zu betreiben, um potenzielle Angriffe zu erkennen und sofort dagegen vorgehen zu können.

Um neue Phänomene und aktuelle Trends in der Tatbegehung zu erkennen und rechtzeitig präventive Maßnahmen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ergreifen zu können, ist es wichtig, dass die Sicherheitsbehörden mit dem Land Vorarlberg und den Gemeinden enge Kooperationen und Partnerschaften eingehen. Vor diesem Hintergrund werden gemeinsame Koordinierungstreffen im Bundesland Vorarlberg unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft und Industrie zum Erfahrungs- und Wissensaustausch erfolgen.

1.5.a. Cybercrime-Training-Center

Neben der Modernisierung der Ausbildungsinhalte wird auf operativer Ebene in jedem Landeskriminalamt ein Cybercrime-Training-Center (CCTC) installiert. In Vorarlberg ist geplant, das CCTC am Standort der Polizeiinspektion Sulz einzurichten. Es entsteht hier ein modernes Fortbildungszentrum mit einem praxisnahen „Hands-On“-Trainingskonzept. Mit fachspezifischen Kenntnissen kann der fortschreitenden Digitalisierung und neuen Deliktsformen im Bereich der Internetkriminalität entgegengetreten werden.

Das Land Vorarlberg unterstützt die Polizei bei diesem Kernelement der Kriminaldienstreform, dessen vordringlichstes Ziel es ist, die Polizei modern und zeitgemäß aufzustellen, um damit schlagkräftig und erfolgreich im Kampf gegen die Internetkriminalität zu sein.

Das Land Vorarlberg begrüßt daher den Aufbau und die Weiterentwicklung der Strukturen des Cybercrime-Training-Centers. Im Gegenzug fördert die Polizei Vorarlberg weiterhin Aus- und Fortbildungen des Landes Vorarlberg und unterstützt bei fachbezogenen Veranstaltungen und Konferenzen.

1.5.b. Informations- und Kommunikationstechnologie – Projekt „SeILE“

Im digitalen Zeitalter ist eine geeignete und zeitgemäße IT-Infrastruktur unabdingbar. Damit viele Ermittlungsschritte möglich werden, wurden kriminalpolizeiliche Bedürfnisse in das Projekt „SeILE“ (Schaffung einer IKT-Lösung für kriminalpolizeiliche Ermittlungen) gemeldet. Das Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer IKT-Lösung für besondere kriminalpolizeiliche Ermittlungen, wie Großstrafverfahren mit großen Datenmengen, um die elektronischen Beweismittel zu sichten, auszuwerten und abzuspeichern.

Nach erfolgreichem Verlauf des für 2027 in Oberösterreich geplanten Pilotbetriebes (Projekt „SeILE“) ist in weiterer Folge die sukzessive Anbindung der weiteren Bundesländer geplant.

1.6 Maßnahmen gegen Sozialleistungsbetrug

Die systematische Ausnutzung staatlicher Unterstützungsleistungen durch organisierte Tätergruppen, aber auch durch Einzelpersonen und das Zusammenwirken innerhalb von Familienverbänden, stellt einen massiven Eingriff in die sozialen Sicherungssysteme dar. Mit der Einrichtung des Referates Sozialleistungsbetrug (Task Force SOLBE) im Bundeskriminalamt wurde auf Bundesebene ein effektives Instrument geschaffen, das auch durch die Implementierung in die polizeiliche Linienorganisation in Vorarlberg aktiv umgesetzt wird. Durch enge Kooperationen zwischen der Polizei, auszahlenden Stellen (z. B. AMS, ÖGK, PVA), Landesbehörden sowie den Gemeinden werden betrügerische Inanspruchnahmen ermittelt, aufgedeckt, analysiert und unterbunden.

Die Erhebung und der Abgleich von Personendaten, Wohnsitzmeldungen und Auslandsaufenthalten bilden dabei zentrale Elemente. Überdies werden in enger Abstimmung mit dem BMI-II/BK/8 Weiterentwicklungen in den Bereichen digital gestützter Auswertungen, strukturierter Risikoanalysen sowie forensischer Beweisführung vorangetrieben.

1.7 Schwerpunkt Bekämpfung illegaler Glücksspielbetrieb

Das illegale Glücksspiel stellt nicht nur eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung dar, sondern ist regelmäßig Teil komplexer organisierter Strukturen. Die LPD Vorarlberg wirkt im Rahmen der behördenübergreifenden Arbeitsgruppe Glücksspiel aktiv an der Bekämpfung mit. Der Fokus liegt dabei auf bezirksübergreifenden Schwerpunkteinsätzen, bei denen Exekutive, Finanzpolizei und Bezirkshauptmannschaften koordiniert gegen Betreiberinnen und Betreiber illegaler Glücksspielgeräte und dahinterstehende Netzwerke vorgehen. Die Schulung von Glücksspiel-Koordinatorinnen und -Koordinatoren sowie deren Einbindung in Lageauswertungen gewährleistet eine fundierte und nachhaltige Bekämpfung.

1.8 Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität

Das Thema illegale Suchtmittel und Abhängigkeit behandelt eine Vielzahl an deliktsspezifischen Verantwortlichkeiten und fällt daher nicht allein in die Verantwortung der Polizei. Die Vernetzung der relevanten Bedarfsträger ist diesbezüglich besonders essenziell.

Illegale Suchtmittel haben nicht nur direkte Auswirkungen auf die Anzeigenstatistik, sondern auf viele andere Deliktsbereiche, welche oft als Begleit-, Beschaffungs- und Folgekriminalität wahrgenommen werden. Vom Drogenlenker über Vermögens- bis hin zu Tötungsdelikten hat diese Kriminalitätsform massive Auswirkungen.

Um dem Phänomen der illegalen Suchtmittel in seiner Gesamtheit entgegenzutreten, sind sowohl der Bund als auch im Gesundheitsbereich die Bundesländer gefordert.

Überdies führt das Land Vorarlberg die Maßnahmen zur Einhaltung von Gesetzen, welche dem Landeshauptmann als Vollzugsorgan vom Gesetz übertragen werden, weiter. Dies beinhaltet Regelungen des Lebensmittel- und Chemikalienrechtes in Bezug auf CBD-Produkte (Cannabidiol-Produkte), welche derzeit in vielfältiger Form in Geschäftslokalen verkauft werden. Durch diesen Verkauf wird eine weitere Bagatellisierung der Drogen-thematik herbeigeführt. Darüber hinaus dient eine Intensivierung der Kontrollen in diesem Zusammenhang der Produktsicherheit sowie dem Konsumentenschutz.

Aufgrund der Nähe zu Deutschland und der dort neu praktizierten – und auch aus den eigenen Reihen stark kritisierten – Drogenpolitik beabsichtigen das Land Vorarlberg und die LPD Vorarlberg in Abstimmung mit dem Bundeskriminalamt einen intensivierten Austausch in Form eines Monitorings, in Zusammenarbeit mit den baden-württembergischen und bayerischen Nachbarn, um entsprechende Erfahrungen auf deren Ebene nützen und Auswirkungen für das Bundesland Vorarlberg feststellen zu können. Das Land Vorarlberg forciert gemeinsam mit der Polizei Vorarlberg, in Abstimmung mit dem Bundeskriminalamt, die Zusammenarbeit in Bezug auf eine strenge Drogenpolitik in Österreich. Schwerpunktkontrollen werden seitens des Landes begrüßt.

Die bisher bewährte Zusammenarbeit der im Rahmen des Suchtmittelbeirats vertretenen Institutionen soll weiterhin als zentrale Informationsplattform und Steuerungsinstrument für die vertretenen Bedarfsträger fungieren.

2

Einsatz und
Verkehr: Sicher im
ganzen Land

2.1 GEMEINSAM.SICHER

Eine moderne Polizei zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich mit der Gesellschaft stetig weiterentwickelt. Die Polizei ist die größte Menschenrechts-Schutzorganisation. Community Policing hat sich weltweit als wichtiger Ansatz in der Polizeiarbeit etabliert, der das Vertrauen zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Polizei fördert und zur subjektiven Sicherheit beiträgt. Dieser Ansatz basiert auf Dialog und Vernetzung, Problemidentifizierung und Problemlösung. Dabei stärkt der persönliche Kontakt durch Sicherheitsbeauftragte in jeder Polizeiinspektion die Beziehung zur Bevölkerung. Probleme werden frühzeitig erkannt und durch Dialog und Vernetzung gelöst, bevor größere Konflikte entstehen. Durch die enge Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen trägt dieser Ansatz zu einer sicheren und lebenswerten Umgebung bei.

Im Rahmen von Community Policing und GEMEINSAM.SICHER mit unserer Polizei sollen kontinuierlich neue Kooperationsübereinkommen mit Institutionen und Organisationen im privaten und öffentlichen Bereich geschlossen und die bestehenden Kooperationen fortgeführt werden. Ziel dieser strategischen Sicherheitspartnerschaften ist es, rasch und vor allem gemeinsam auf sicherheitsrelevante Herausforderungen reagieren zu können. Die weiteren Instrumente von GEMEINSAM.SICHER in Österreich, wie Vernetzungstreffen und Aktivitäten der Sicherheitskoordinatoren auf Bezirksebene sowie der Sicherheitsbeauftragten in den Polizeidienststellen, sollen weiter gestärkt werden.

Das Land Vorarlberg unterstützt den Aufbau und die Weiterentwicklung der Strukturen im Bundesland. Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Interessensvertretungen sowie Vereine werden unter Nutzung der jeweiligen Strukturen und Kommunikationsmittel aufmerksam gemacht und eingeladen, die Möglichkeit aktiv zu nutzen.

2.2 Körperkamas

Das Bundesministerium für Inneres und die LPD Vorarlberg legen seit mehreren Jahren einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Beweissicherung im Rahmen des polizeilichen Einschreitens.

Durch den Einsatz von Körperkamas soll die Prävention, die Strafverfolgung und ein professionelles Einschreiten von polizeilichen Kräften nachhaltig unterstützt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Geräte ein wirksames Mittel zur Deeskalation sind und zudem eine lückenlose Beweissicherung und Dokumentation von Amtshandlungen ermöglichen.

Um eine flächendeckende Ausstattung der Polizeiinspektionen im Bundesland Vorarlberg sicherzustellen, wurden der LPD Vorarlberg in Summe 200 Körperkamas zugewiesen.

2.3 Schnelle Reaktionskräfte (SRK)

Die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft, das Entstehen von Hotspots im öffentlichen Raum, die Gefahr von terroristischen Anschlägen und die Bewältigung von komplexen Einsatzlagen sind besondere Herausforderungen für die Polizei, denen mit einer Weiterentwicklung der Organisation und mit modernen Strukturen begegnet werden muss.

Im Rahmen einer strategischen Organisationsentwicklung wurde ein Prozess zur Optimierung der polizeilichen Reaktions- und Interventionsfähigkeit eingeleitet. Durch die Einrichtung der Schnellen Reaktionskräfte (SRK) – bestehend aus der Bereitschaftseinheit (BE) und der Schnellen Interventionsgruppe (SIG) – wird im Bundesland Vorarlberg gewährleistet, dass die Polizei flexibel und schnell reagieren und zudem zielgerichtet polizeiliche Schwerpunkte setzen kann.

2.4 Direktion Spezialeinheiten/Einsatzkommando Cobra (DSE/EKO Cobra) – Außenstelle Vorarlberg

Gesellschaftliche und sicherheitspolizeiliche Entwicklungen, wie zunehmende Radikalisierung und Bewaffnung in der Gesellschaft, erfordern den Einsatz von Spezialkräften bei High-Risk- und staatschutzrelevanten Einsätzen. Das BMI und das Land Vorarlberg bekennen sich zur Erhaltung des Standortes des EKO Cobra-West, Außenstelle Feldkirch-Gisingen, zur Unterstützung der Polizeikräfte im Bundesland Vorarlberg in besonderen Einsatzlagen.

2.5 Sicherheit bei (Sport- und Kultur-) Großveranstaltungen

Vorarlberg ist als Sport- und Veranstaltungsland Schauplatz und Austragungsort von national und international bedeutsamen (Sport- und Kultur-) Großveranstaltungen. Um ein sicheres und einladendes Umfeld zu schaffen, ist für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von solchen Veranstaltungen ein ganzheitlicher Ansatz zu verfolgen. Dazu gehört unter anderem ein intensiver Austausch über die Anzahl der zu erwartenden Besucherinnen und Besucher und die daraus prognostizierten Reisebewegungen sowie eine abgestimmte Kommunikations- und Medienstrategie.

Das BMI und das Land Vorarlberg vertiefen die bereits bestehende enge Kooperation und Vernetzung von Veranstaltungs- und Sicherheitsbehörden und legen dabei, vor dem Hintergrund sicherheitspolizeilicher Herausforderungen, einen besonderen Fokus auf die Erhöhung der Handlungssicherheit für Veranstalter und Veranstaltungsbehörden.

2.6 Flugpolizei – Unterstützung durch den Polizeihubschrauber

Das BMI bekennt sich weiterhin zur Unterstützung der LPD Vorarlberg durch Einsatz des Polizeihubschraubers, insbesondere bei sicherheits-, kriminal- wie auch verkehrspolizeilichen Einsätzen sowie Einsätzen im Rahmen der ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht (inklusive der dazu erforderlichen Einsatz-Übungen mit relevanten Partnern) und im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie der Katastrophenvorsorge.

2.7 Verkehrssicherheit

Die weitere Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Vorarlbergs Straßen ist eine der Kernaufgaben der Verkehrspolizei. Vorarlberg ist flächenmäßig nach Wien das kleinste Bundesland Österreichs und verfügt mit etwa 2.913 Kilometern – davon 91 Kilometern Autobahnen und Schnellstraßen – über ein kompaktes, aber gut ausgebautes Straßennetz. In Vorarlberg sind etwa rund 320.000 Kraftfahrzeuge, davon 226.000 Pkw, zugelassen. Die Mobilität der Menschen war noch nie so vielfältig wie heute, wobei Fahrzeuge zunehmend als Sport- und Freizeitgeräte (E-Bikes, E-Scooter, Motorräder, Cabrios) genutzt werden. Vorarlberg hatte 2025 mit 14 Verkehrstoten den niedrigsten Wert aller österreichischen Bundesländer (2024: 7 Verkehrstote).

Die Arbeitsschwerpunkte im Rahmen dieser Sicherheitspartnerschaft zwischen dem BMI und dem Land Vorarlberg beinhalten im Bereich Verkehrssicherheit folgende Maßnahmen:

- Planung und Durchführung von Überwachungsmaßnahmen zur Geschwindigkeitsüberwachung, Alkohol- und Drogenkontrollen sowie Schwerverkehrskontrollen an neuralgischen Punkten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Dies erfolgt in stetiger Absprache mit den zuständigen Verkehrsbehörden des Landes Vorarlberg.
- Die Präventions- und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen der Bundespolizei, wie Schulische Verkehrserziehung, Erlangung des Radfahrausweises, Kinderpolizei inkl. Cyber-Kids und Verkehrssicherheitsberatung für Jugendliche, sind zur nachhaltigen Verhaltensänderung der Verkehrsteilnehmenden von Kindesalter an wesentlich.
- Einsatz von Zivilstreifenfahrzeugen für die Bekämpfung der Roadrunner- und Tuningszene im gesamten Bundesland unter Beteiligung von Amtssachverständigen des Landes Vorarlberg.
- Gemeinsame Nutzung des, von der ASFINAG und dem Land Vorarlberg zur Verfügung gestellten, Verkehrskontrollplatzes Nüziders auf der A14 durch Organe der Bundespolizei und Sachverständige des Amtes der Vorarlberger Landesregierung. Fortführung des Projektes der Errichtung eines Verkehrskontrollplatzes in Lauterach/Wolfurt (A14).
- Einsatz der Fahrradpolizei als Reaktion auf die dynamische Entwicklung alternativer Mobilitätsformen, insbesondere E-Bikes, E-Scooter und sonstiger elektrischer Trendsportgeräte.

Hinsichtlich der Durchführung dieser Präventions- und Überwachungsmaßnahmen wird die bisherige bestens bewährte Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Land Vorarlberg fortgesetzt. Ausgehend von jährlich festgesetzten Arbeitsprogrammen werden Verkehrsüberwachungspläne von der Landesverkehrsabteilung Vorarlberg, nach Abstimmung mit dem Land Vorarlberg, festgelegt. Die Umsetzung dieser Vorgaben erfolgt im Rahmen von Schwerpunkteinsätzen oder Schwerpunktaufträgen im Streifendienst unter gleichzeitiger Bedachtnahme auf die vorhandenen personellen und technischen Ressourcen der LPD Vorarlberg.

Das Bundesministerium für Inneres (BMI) und das Land Vorarlberg bekennen sich gemeinsam zur Notwendigkeit der Implementierung einer modernen Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der Autobahn A14 (Rheintal/Walgau Autobahn) zur effektiven Stauverhinderung, dynamischen Verkehrslenkung und Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die Vertragsparteien erkennen an, dass die A14 als zentrale Verkehrsachse im Rheintal und wichtige Nord-Süd-Verbindung eine besondere verkehrspolitische und wirtschaftliche Bedeutung für die Region Vorarlberg sowie für den grenzüberschreitenden Verkehr innehat.

3

Schlepper-
kriminalität
bekämpfen,
illegale Migration
verhindern

In den vergangenen Jahren wurden umfangreiche Maßnahmen im Kampf gegen illegale Migration und Schlepperkriminalität gesetzt. Dadurch ist es kontinuierlich gelungen, illegale Migration zu reduzieren. Schlepper meiden nunmehr Österreich und seine Grenzen. Das lässt sich auch anhand von Zahlen belegen: Wurden im Jahr 2022 österreichweit noch mehr als 118.000 Aufgriffe verzeichnet, so waren es im Jahr 2025 nur mehr rund 19.400. Auch bei den Asylanträgen ist ein massiver Rückgang feststellbar. Wurden im Jahr 2022 noch mehr als 100.000 originäre Erstanträge verzeichnet, waren es im Jahr 2025 nur mehr rund 6.900. Diese Entwicklung schlägt sich auch im Bereich der Grundversorgung nieder. Allein in den vergangenen Jahren konnte die Zahl der Bundesquartiere von mehr als 30 auf neun gesenkt werden – so sind Einsparungen im Asylbereich möglich.

3.1 Durchführung von Grenzraumsicherung

Das Land Vorarlberg ist von irregulärer Migration betroffen, die überwiegend auf Routen von Italien über die Schweiz sowie über die östlichen und südlichen Bundesländer Österreichs nach Vorarlberg verlaufen. Ein Großteil der Migrantinnen und Migranten strebt dabei die Weiterreise nach Deutschland an. Die LPD Vorarlberg gewährleistet einen konsequenten Vollzug grenz- und fremdenrechtlicher Vorschriften sowie eine enge Kooperation mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) in der Umsetzung fremden- und asylrechtlicher Normen.

3.2 Polizeiliche Ausgleichsmaßnahmen

Die Bekämpfung der illegalen Migration sowie der grenzüberschreitenden Kriminalität sollen durch flexiblen Grenzschutz im Rahmen von lagebedingten Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen/AGM) entlang der Transitrouten im Bundesland Vorarlberg sichergestellt werden.

Von Seiten des BMI und der LPD Vorarlberg wird gewährleistet, dass besonders ausgebildete und ausgerüstete Exekutivbedienstete im Rahmen dieser Grenzschutzmaßnahmen zielgerichtet im gesamten Bundesland eingesetzt werden. Es werden aus allen verfügbaren Daten Lagebilder angefertigt und die Personalressourcen optimal eingesetzt.

3.3 Schleppereibekämpfung

Schlepperkriminalität ist einer der lukrativsten Zweige der Organisierten Kriminalität. Schlepper locken potenzielle Migrantinnen und Migranten mit völlig falschen Versprechungen nach Europa, gehen bei ihrer Tätigkeit rücksichtslos vor und nehmen den Tod von Menschen in Kauf.

Die Bekämpfung dieser Form der Organisierten Kriminalität hat daher hohe Priorität und wird innerhalb der LPD Vorarlberg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und im engen Informationsaustausch mit dem Land Vorarlberg bekämpft.

3.4 Fremdenpolizeiliche Kontrollen mit Relevanz für die Grundversorgung (GVS)

Sozialleistungen sind wichtige Eckpfeiler unserer Gesellschaft und sollen jenen helfen, die auf die Unterstützung des Staates angewiesen sind. Unsere Sozialsysteme gilt es zu erhalten, daher muss jeglichem Missbrauch entschieden entgegengetreten werden.

Die Bekämpfung des Grundversorgungs- und Sozialleistungsmisbrauchs durch Fremde ist eine wichtige Aufgabe des BMI, zu der neben laufenden Überprüfungen auch GVS-Kontrollen vor Ort und Überprüfungen von nicht gemeldeten Auslandsreisen leistungsbeziehender Fremder gehören. In enger Zusammenarbeit mit den Grundversorgungsstellen der Länder konnten bereits zahlreiche Missbrauchsfälle aufgedeckt werden.

Auf den bisherigen Erfolgen aufbauend soll die gute Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Land Vorarlberg weiter intensiviert werden.

3.5 Migration: Überstellung von im Asylverfahren befindlichen Fremden in die Länder

Die Gewährung der Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde erfolgt in partnerschaftlicher Weise durch den Bund und die Länder. Rechtsgrundlagen bilden die Grundversorgungsvereinbarung (GVV) zwischen dem Bund und den Bundesländern gem. Art. 15a B-VG und die darauf beruhenden Grundversorgungsgesetze der Länder sowie das Grundversorgungsgesetz-Bund 2005.

Das Land Vorarlberg ist weiterhin bestrebt, die vereinbarten Quoten zur Übernahme dieser Fremden zu erfüllen und ein verlässlicher Partner zu sein.

4

Extremismus und Terrorismus vorbeugen und bekämpfen

4.1 Prävention und Deradikalisierung

Jede Form von Extremismus stellt eine konstante Bedrohung für unseren demokratischen Rechtsstaat dar. Nur durch gesamtgesellschaftliche Maßnahmen kann diesen Bedrohungsformen wirkungsvoll begegnet und die demokratischen Einrichtungen geschützt werden. Hierbei kommt Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen, in enger Abstimmung mit dem Land Vorarlberg, eine entscheidende Rolle zu.

Die erfolgreiche Umsetzung lokaler Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen basiert auf einer engen Kooperation zwischen den jeweiligen Stakeholdern. Vor diesem Hintergrund wurde bereits 2017 das Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) gegründet. Unter Koordination des Bundesministeriums für Inneres stimmen sich seither Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Ministerien, den Bundesländern, der Zivilgesellschaft, dem Städte- und dem Gemeindebund sowie anlassbezogenen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung in regelmäßigen Abständen zu strategischen Aspekten von Extremismusprävention und Deradikalisierung in Österreich ab.

Das Bundesland Vorarlberg ist bereits Mitglied des BNED und mit einer Vertreterin / einem Vertreter und einer Ersatzvertreterin / einem Ersatzvertreter der Vorarlberger Landesregierung im Netzwerk präsent. Diese wertvolle Zusammenarbeit soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Seit dem Jahr 2015 besteht in Vorarlberg unter der Leitung des Landes Vorarlberg eine Grundstruktur „Radikalisierungsprävention und Demokratiekultur“ (Lenkungsgruppe, Koordinationsgruppe, Plattform), in der sämtliche relevanten Behörden, Einrichtungen und Institutionen der Extremismusprävention in Vorarlberg vertreten sind. Diese bewährte und erfolgreiche eng vernetzte Zusammenarbeit wird weiterhin fortgeführt.

4.1.a. Prävention und Deradikalisierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Besonders Jugendliche und junge Erwachsene sind aufgrund der gegenwärtigen globalen Krisen und den damit verbundenen Unsicherheiten in der Zeit ihrer Identitätssuche gefährdet, extremistischen Tendenzen zu verfallen.

Um diesen Entwicklungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegenzuwirken, wird eine zielgruppenspezifische Kooperation im Sinne der „Radikalisierungsprävention und Demokratiekultur“ als zielführend erachtet.

4.2 Staatsschutz im Bundesland Vorarlberg

Gegenwärtige Bedrohungsszenarien erfordern eine konsequente Weiterentwicklung des Staatsschutzes, gerade auch in den Bundesländern. Die Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sind seit der Reformierung 2024 für den Staatsschutz und die Extremismusbekämpfung (LSE) verantwortlich, die Aufgaben des Bereichs Nachrichtendienst werden nur mehr von der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) wahrgenommen. Um den Aufgaben eines modernen Staatsschutzes auch in den Ländern

bestmöglich nachkommen zu können, wurden folgende Kernpunkte der Reform in Kooperation mit dem Land Vorarlberg umgesetzt:

- In jedem Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) wurden Ermittlungsbereiche für den Cyber-Raum und für die Cyber-Forensik eingerichtet. Dadurch entstanden Kompetenzen und Ermittlungsbereiche, die es im Staatsschutz braucht, um Radikalisierung und extremistischen Straftaten im Cyber-Raum entgegenzutreten. IT-Ermittlungen und digitale Forensik wurden zusammengeführt, um die Bearbeitung komplexer Themen durch IT-Spezialistinnen und -Spezialisten sicherzustellen.
- In den LSE gibt es zusätzlich ein eigenes Referat, das sich mit hochkomplexen Cybercrime-Delikten auseinandersetzt. Dazu zählen Hacker- und Spionageangriffe. Die Weiterbildung der LSE-Beamtinnen und -Beamten wird im Cybercrime-Trainingscenter vorgenommen.
- Im Jänner 2024 wurden in den Landesämtern Staatsschutz und Extremismusbekämpfung eigens Fachbereiche für Extremismusprävention eingerichtet, um die Prävention im Staatsschutz zu stärken. Speziell ausgebildete Extremismuspräventionsbedienstete halten dahingehend Sensibilisierungsvorträge und Extremismuspräventionsworkshops in Schulen ab.
- Durch „Staatsschutzsensoren“ wird die Stärkung der Regionalität des Verfassungsschutzes sichergestellt. Bei Staatsschutzsensoren handelt es sich um speziell ausgebildete Polizeibedienstete, die die „Ohren und Augen“ des Verfassungsschutzes in den Bezirken darstellen. Dadurch können für den Staatsschutz relevante Informationen rasch an Ermittlungsbehörden auf Bundes- oder Landesebene weitergegeben werden. Auch das Gefährdungs- und Risikomanagement soll ständig weiterentwickelt werden.

Das BMI und das Land Vorarlberg forcieren in diesem Kontext weiterhin die gegenseitige Unterstützung und gute Zusammenarbeit für die bestmögliche Umsetzung dieser Kernreform. Weiters wird seitens des BMI und der LPD Vorarlberg darauf Bedacht genommen, für die zusätzlich anfallenden Aufgabenbereiche ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen.

5

Krisen und
Katastrophen:
Vorarlbergs
Resilienz weiter
stärken

Im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) ist das BMI für die Koordination von Maßnahmen des Bundes und die Zusammenarbeit mit den Ländern zuständig. Dies umfasst auch Angelegenheiten des Zivilschutzes, der zivilen Landesverteidigung sowie der Krisenvorsorge auf Bundesebene. Ebenso kommt dem Schutz kritischer Infrastruktur und der Erhöhung der Resilienz dieser Einrichtungen besondere Bedeutung zu.

5.1 Blackout

Ein plötzlicher, überregionaler und länger andauernder Stromausfall, ein so genanntes Blackout, ist eine der größten Bedrohungen für die Versorgungssicherheit, insbesondere für kritische Infrastrukturen. Dem BMI kommt hierbei als Sicherheits- und Krisenmanagementministerium eine besondere Rolle zu. Es gilt, sich in einem laufenden Prozess sowohl mit der Erhöhung der eigenen Resilienz als auch mit der Krisenvorsorge im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) auseinanderzusetzen. Den Bundesländern kommen wesentliche Rollen in Angelegenheiten der Energielenkung, der Versorgungssicherung und des Katastrophenschutzes zu.

Die LPD Vorarlberg hat dazu ein Konzept zur Aufrechterhaltung der Führungsfähigkeit in deren Zuständigkeitsbereich erarbeitet. Organisatorisch wurden alle Teilbereiche der LPD Vorarlberg anhand vorgegebener Eckpunkte angewiesen, Planungen für ein solches Szenario anzustellen. Anzuführen ist, dass im Speziellen bei den Bezirkspolizeikommanden und deren nachgeordneten Dienststellen nach Möglichkeit auf regionale Spezifika Rücksicht genommen wird. Denn gerade in diesem Bereich stellt die Vernetzung mit den maßgeblichen Playern (Rettung, Feuerwehr und Kommunen) einen wesentlichen und schlussendlich auch entscheidenden Faktor dar. Mit den Vorarlberger Gemeinden erfolgt eine enge Zusammenarbeit und die gemeinsamen integrierten Einsatzstrukturen werden auf lokaler Ebene fortgeführt.

Im logistischen Bereich wurde im Konkreten auf die Durchhaltefähigkeit der Einsatzkräfte hingewirkt. Die Implementierung von Netzersatzanlagen im Bereich von Schwerpunktdienststellen bzw. Organisationseinheiten mit maßgeblichem Einsatznutzen, die Ausstattung mit Lebensmitteln sowie mit Equipment zur Durchhaltefähigkeit haben oberste Priorität.

Die Einsatzfähigkeit der Flugeinsatzstelle Hohenems im Falle eines Blackouts ist durch entsprechende Vorkehrungen grundsätzlich sichergestellt. Dennoch werden seitens des BMI Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Einsatzfähigkeit im Blackout-Fall geprüft und gegebenenfalls im Rahmen der budgetären Möglichkeiten und Prioritätensetzung umgesetzt.

5.2 Kooperation und gemeinsame Krisenvorsorge

Verschiedene Krisen in den vergangenen Jahren stellten sowohl für das BMI als auch für das Land Vorarlberg enorme Herausforderungen dar, insbesondere an den täglichen Informationsaustausch und die Qualität der Lageführung im SKKM. Die Zusammenarbeit mit den Ländern auf diesem Gebiet soll auf Basis dieser Erfahrungen

weiterhin im Sinne der bestehenden guten Partnerschaft forciert werden, um den gegenseitigen strukturierten Austausch von Informationen zwischen den Kriseneinrichtungen des Landes Vorarlberg und dem BMI weiterzuentwickeln und im Anlassfall ein einheitliches Lagebild und -verständnis zu generieren.

Das am 1. Jänner 2024 in Kraft getretene Bundes-Krisensicherheitsgesetz (B-KSG) schafft einen neuen rechtlichen Rahmen für die Früherkennung und Bewältigung von Krisen im Zuständigkeitsbereich des Bundes sowie für die Stärkung der Krisensicherheit. Im BMI wurde für die Bundesregierung ein Bundeslagezentrum eingerichtet. Das B-KSG schafft auch den Rahmen für eine entsprechende Einbindung der Bundesländer in definierte Prozesse. In diesem Rahmen werden daher auch das BMI und das Land Vorarlberg verstärkt zusammenarbeiten.

5.3 Öffentliches Gesundheitswesen zur Unterstützung der Polizeiarbeit

Das Land Vorarlberg gewährleistet im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres, dass der bewährte Ärztereitschaftsdienst („Vorarlberger Modell“), der eine flächendeckende und 24/7-Verfügbarkeit von Ärztinnen und Ärzten – insbesondere für öffentlich-rechtliche Dienstleistungen und bei polizeilichen Amtshandlungen (z. B. Untersuchungen im Straßenverkehr, Unterbringungsgesetz, Hafttauglichkeit usw.) – sicherstellt, weiterentwickelt wird.

Die LPD Vorarlberg unterstützt zudem das Gesundheits- sowie das Rettungswesen, indem eine Ausstattung der Außendienststreifen mit Defibrillatoren erfolgt ist. Im Zuge der Implementierung wurden die Bediensteten in lebensrettenden Sofortmaßnahmen geschult.

Das Land Vorarlberg gewährleistet weiterhin den qualitativ hochwertigen Betrieb eines Schwerpunktkrankenhauses (gynäkologische Ambulanz) für forensische Untersuchungen und Dokumentation nach Sexual- und Gewaltdelikten im Bundesland Vorarlberg.

6

Personal- und Organisations- entwicklung

Die Bundespolizei ist ein enger und verlässlicher Partner der Bundesländer. Das Bundesministerium für Inneres ist bestrebt, auch in Zukunft die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine moderne Polizei zu schaffen und den geänderten polizeilichen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Dazu gehören insbesondere bedarfsgerechte Polizeiaufnahmen zur Stärkung der Bundespolizei. Unter Berücksichtigung der Bedarfs- und Belastungsvergleiche der Organisationseinheiten in den Bundesländern ist es Ziel des BMI, für die operativen Einheiten eine professionelle Personalplanung durchzuführen.

6.1 Personalentwicklung 2026

Durch die Personaloffensive der vergangenen Jahre sowie die für heuer geplanten Aufnahmen wird für die LPD Vorarlberg auch im Jahr 2026 ein Zuwachs an Exekutivbediensteten erreicht. In den nächsten Jahren soll dies im Rahmen der budgetären Möglichkeiten fortgesetzt werden. Das Land Vorarlberg unterstützt die Rekrutierungsmaßnahmen durch aktive Öffentlichkeitsarbeit und im Zuge gemeinsamer, abgestimmter Kampagnen. Das BMI bekennt sich zur erfolgreichen Vorarlberg-spezifischen Rekrutierungskampagne „Dein Einsatz fürs Ländle“.

Im Lichte der Weiterentwicklung nachhaltiger sowie an Aufgaben und Herausforderungen angepasster polizeilicher Strukturen wurden die Arbeitsplätze für die Exekutive in Vorarlberg seit 2014 (Stichtag 1. Jänner 2014) von 865 auf aktuell 987 (Stichtag 1. April 2026) bereits um 122 Arbeitsplätze erhöht.

Der Bund investiert weiter in die Personalstärke der Polizei in Vorarlberg und plant, in den nächsten Jahren für die Umsetzung der Kriminaldienstreform weitere Arbeitsplätze der LPD Vorarlberg zuzuweisen. Zudem wurden im Rahmen der Reform des Staatsschutzes der LPD Vorarlberg weitere 14 Arbeitsplätze (Exekutive und Verwaltung) für das Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) zugewiesen.

6.2 Neuaufnahmen

Die Aufnahmezahlen zeigen, nicht zuletzt aufgrund der intensiven Recruitingmaßnahmen, darunter die Kampagne „Dein Einsatz fürs Ländle“, seit dem zweiten Halbjahr 2023 wieder einen deutlich steigenden Trend. Für das Jahr 2026 ist die Aufnahme von 82 Polizeischülerinnen und Polizeischülern nach Maßgabe der vorhandenen Ausbildungskapazitäten und geeigneten Bewerberinnen und Bewerber vorgesehen, um den aus der Bedarfs- und Entwicklungsplanung errechneten Abgängen entsprechend Rechnung tragen zu können.

Gemeinsam mit dem Land Vorarlberg sollen auch die Rekrutierungsmaßnahmen der Polizei Vorarlberg vom BMI weiter vorangetrieben werden. Das Land Vorarlberg sichert seine Unterstützung bei ausgewählten Projekten der Polizei zur Rekrutierung von Bediensteten, wie dem Girls Day, Meet-and-Greet-Aktionen und Berufsinformationsveranstaltungen, zu. Im Gegensatz dazu forciert die Polizei Vorarlberg weiterhin ihre Mitwirkung bei Projekten des Landes Vorarlberg.

6.3 E2a-Ausbildung

Zur Sicherstellung der benötigten Fach- und Führungsexpertise sind für das Jahr 2026 bedarfsgerecht, entsprechend den Abgängen, nach derzeitigem Umsetzungsstatus bis zu 14 Lehrgangspätze im Grundausbildungslehrgang E2a für das Bundesland Vorarlberg vorgesehen. Die jährlichen Ausbildungskapazitäten werden sich auch in den Folgejahren am jeweiligen Personalbedarf orientieren, wobei die Sicherheitsakademie die erforderlichen Lehrgangspätze für Vorarlberg dementsprechend zur Verfügung stellen wird, unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen und Ausbildungskapazitäten nach Möglichkeit in Vorarlberg.

6.4 Ausmusterungen

Das Land Vorarlberg unterstützt das BMI weiterhin bei Ausmusterungsfeiern von Absolventinnen und Absolventen der Grundausbildungslehrgänge der Funktionsgruppen E2b und E2a. Bei freier Verfügbarkeit ist der LPD Vorarlberg gestattet, Räumlichkeiten für Feierlichkeiten und Veranstaltungen zu nutzen. Im Gegenzug unterstützt die LPD Vorarlberg mit der Polizeimusik Veranstaltungen des Landes Vorarlberg, z. B. bei Ehrungsfeiern oder Staatsbürgerschaftsverleihungen.

6.5 Ausblick

Für 2026 und die Folgejahre hat die Personalplanung zum Ziel, dass zukünftige Pensionsabgänge in der Exekutive durch Neuaufnahmen ausgeglichen werden können. Durch die bedarfsgerechte Personalplanung, die bereits erfolgte Adaptierung des Auswahlverfahrens zur Polizeigrundausbildung sowie die bereits in Umsetzung befindliche Kriminaldienstreform 2.0 werden eine personelle Weiterentwicklung und zusätzliche Spezialisierungen innerhalb der Polizei ermöglicht.

Das BMI und das Land Vorarlberg bekennen sich dazu, Ansuchen von Polizistinnen und Polizisten auf Versetzung in das Bundesland Vorarlberg im Rahmen der gültigen Erlasslage und nach Maßgabe objektiver Bedarfsparameter und dienstlicher Interessen zu ermöglichen.

6.6 Attraktivierung des Berufsbildes

Im Zeichen des gesellschaftlichen Wandels sowie der Erwartungen der jungen Generationen an ihren Beruf und ihren Arbeit- bzw. Dienstgeber ist es erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, die den Polizeiberuf attraktiver gestalten. Das Land Vorarlberg unterstützt die LPD weiterhin bei ihren Bemühungen zur Attraktivierung des Polizeidienstes im Bundesland Vorarlberg.

6.6.a Leistbares Wohnen für Exekutivbedienstete

Vorarlberg liegt bei den Wohnraumkosten im Bundesländervergleich im Spitzenfeld. Das Land Vorarlberg und das Bundesministerium für Inneres sind gemeinsam bestrebt, Polizistinnen und Polizisten den Zugang zu leistbarem Wohnraum zu ermöglichen. Das Land Vorarlberg unterstützt weiterhin die Vorarlberger Polizistinnen und Polizisten beim Zugang zu kostengünstigem Wohnraum im Rahmen seiner Wohnprojekte, insbesondere „Sicheres Vermieten“.

Das Bundesministerium für Inneres ermöglicht den Polizistinnen und Polizisten kostengünstiges/-loses Wohnen während der Grundausbildung.

6.6.b Kinderbetreuung für Exekutivbedienstete

Das Land Vorarlberg unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Exekutivbedienstete durch die Unterstützung beim Erhalt bedarfsgerechter Kinderbetreuungsplätze mit erweiterten Öffnungszeiten. Angelehnt an die bestehenden Angebote für Bedienstete der Landeskrankenhäuser sollen flexible Betreuungszeiten auch außerhalb der Regelzeiten gewährleistet werden.

6.7 Organisationsentwicklung

Unbeschadet der sukzessiven Personalführung und -entwicklung ist es im Interesse des BMI und des Landes Vorarlberg, die vorhandenen Ressourcen möglichst effektiv und effizient zum Einsatz zu bringen. Dementsprechend kommen die Partner dieser Vereinbarung überein, dass im Sinne der Weiterentwicklung und Anpassung der Organisation an aktuelle Herausforderungen strukturelle Maßnahmen gefördert werden.

7

Sicherheitsinfra- struktur und Digitalisierung

7.1 Bauprojekte

Eine moderne Infrastruktur ist entscheidend für die Leistungsfähigkeit der Polizei. Sie ermöglicht eine effektive Aufgabenwahrnehmung, verbessert die Arbeitsbedingungen und unterstützt dabei, den polizeilichen Servicegedanken bestmöglich umzusetzen. Das BMI und das Land Vorarlberg sind daher bestrebt, die folgenden Bau- und Infrastrukturprojekte zu realisieren:

- Implementierung einer modernen Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der Autobahn A14 (Rheintal/Walgau Autobahn) zur effektiven Stauverhinderung, dynamischen Verkehrslenkung und Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Errichtung eines ASFINAG-Verkehrskontrollplatzes in Lauterach/Wolfurt (A14) in Festbauweise.
- Errichtung eines modernen, neuen Sicherheitszentrums im zentralen Rheintal und eine entsprechende Erweiterung am Standort der Landespolizeidirektion in Bregenz. Das Sicherheitszentrum soll unter anderem das Bildungszentrum, das Polizeianhaltezentrum, die Polizeiinspektion Fremdenpolizei, das EKO-Cobra und die Diensthunde-Polizeiinspektion in einer integrierten Lösung vereinen.
- Die Errichtung eines Seenotstützpunktes in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodensee-anrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung Vorarlberg wird weiter vorangetrieben.
- Errichtung eines Cybercrime-Training-Centers (CCTC) als modernes Fortbildungszentrum für Exekutivbedienstete im Land Vorarlberg gem. Punkt 1.5.a.
- Errichtung/Anmietung einer neuen, modernen Infrastruktur für die Polizeiinspektion Schruns.

7.2 Digitalisierung und Verwaltungsvereinfachung

Die Digitalisierung beeinflusst nicht nur die tägliche Arbeit der Polizei, sondern die gesamten Prozesse der öffentlichen Verwaltung sind von der Digitalisierung betroffen. Im besonderen Fokus der Digitalisierung stehen die Vereinfachung von Arbeitsabläufen sowie die Prozessoptimierung in den Bereichen der Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen den staatlichen Institutionen. Das BMI und das Land Vorarlberg forcieren die Kooperation im Bereich der Digitalisierung und setzen gemeinsam nach Möglichkeit Maßnahmen zur Optimierung der Arbeitsabläufe und Prozesse um.

Das Land Vorarlberg strebt eine Entlastung der Polizei von wenig verwaltungsökonomischen Aufgaben an, insbesondere bei der Zustellung von RSa-Briefen und der Abwicklung von Vorführungen zum Strafantritt von Ersatzfreiheitsstrafen durch die Bezirkshauptmannschaften. Ziel ist eine Konzentrierung der bundespolizeilichen Ressourcen auf deren Kernaufgaben.

Neben den laufenden Anpassungen bestehender Anwendungen in diesen Bereichen (Digitalisierung von Prozessen) werden vor allem im Bereich der Mobilität durch die Anwendung „Mobile Fallbearbeitung“ (Aufnahme von Tatbeständen direkt am Tatort mit dem dienstlichen Smartphone und Weiterverarbeitung auf der Dienststelle) weitere Verwaltungsvereinfachungen durch den Wegfall von Schnittstellen und Mehrfacherfassungen gesetzt.

Ein weiterer Schritt zur Harmonisierung und Effizienzsteigerung wird durch die bundesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Bargeldverrechnung (z. B. Organmandate und Sicherheitsleistungen) angestrebt (Bezirkshauptmannschaften und Bundespolizei).

7.3 Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des TETRA-Digitalfunks (BOS Austria)

Das Land Vorarlberg betreibt weiterhin den Ausbau und die Fertigstellung des Digitalfunks BOS Austria, damit für die Blaulichtorganisationen ein zusammenhängendes, einsatztaktisches Gebiet alsbald in Betrieb gehen kann. Ziel ist es, dass das Digitalfunknetz so rasch wie möglich auch aus polizeilicher Sicht landesweit nutzbar ist.

7.4 Strukturelle polizeiliche Anpassungen

Die LPD Vorarlberg versteht sich als eine lernende und weiterentwickelnde Organisation. Gerade in der polizeilichen Grundabdeckung, welche überwiegend durch die Bezirkspolizeikommanden und ihre nachgeordneten Dienststellen (Polizeiinspektionen) geleistet wird, besteht die Herausforderung einerseits darin, die Notwendigkeit der sicherheitspolizeilichen Abdeckung in der Fläche zu gewährleisten, als auch andererseits die vorhandenen Ressourcen dort einzusetzen, wo dies aufgrund des Deliktsanfalles notwendig ist. Gleichzeitig ist eine moderne Polizei ohne Spezialisierungen, welche zu einem beträchtlichen Teil von den Basisdienststellen abgedeckt werden, nicht mehr vorstellbar.

Diese Umstände sowie die weiterführende Digitalisierung in der Bevölkerung als auch in der Polizei selbst machen es notwendig, polizeiliche Strukturen regelmäßig zu überdenken.

Diese Prozesse erhalten im Hinblick auf deren Akzeptanz vor allem dann einen erweiterten Zuspruch, wenn sie im Einklang mit baulichen Neuausrichtungen geschehen.

Das Land Vorarlberg unterstützt die zeitgemäße Modernisierung der Dienststellenstrukturen auf Ebene der Polizeiinspektionen, um einen effizienten und bedarfsorientierten Dienstvollzug sicherzustellen.

Vorarlberg, 12. Mai 2026

Gerhard Karner
Bundesminister für Inneres

Markus Wallner
Landeshauptmann Vorarlberg

Daniel Allgäuer
Landesrat Vorarlberg